

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Union

119. Versammlung der Interparlamentarischen Union vom 10. bis 15. Oktober 2008 in Genf, Schweiz

Inhaltsverzeichnis

	Seite	
I 119. Versammlung der IPU	1	der IPU, Pier Ferdinando Casini (Italien) eröffnet und geleitet. Die Versammlung wählte Abdelwahad Radi (Marokko) zum Vizepräsidenten der Versammlung.
II 183. Sitzung des Interparlamentarischen Rates	4	Auf der Tagesordnung der 119. Versammlung der IPU standen die Diskussion und Beschlussfassung über die Aufnahme eines Dringlichkeitstagesordnungspunktes, Podiumsdiskussionen zu den Berichtsthemen der drei Ausschüsse, der Bericht des Ausschusses der IPU für Angelegenheiten der Vereinten Nationen sowie die Diskussion und Beschlussfassung über Änderungen der Satzung.
III Treffen des Koordinierungsausschusses der Parlamentarierinnen	5	
IV Wahlen und Ernennungen	6	I.2 Änderung der Satzung der IPU
V Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus ..	6	Der 118. Versammlung der IPU in Kapstadt lag der Antrag der bisher als Beobachter teilnehmenden Delegation aus den palästinensischen Autonomiegebieten auf Aufnahme als Vollmitglied in die IPU vor. Die Versammlung empfahl, den Exekutivausschuss zu beauftragen, die Satzungsänderung vorzubereiten und diese den Mitgliedern auf der 119. Versammlung der IPU in Genf vorzulegen. Die Formulierung der Satzung sollte ausschließlich den Palästinensern eine Vollmitgliedschaft ermöglichen, nicht aber Parlamenten anderer Gebietseinheiten.
VI Verabschiedete Entschließung	6	Die Versammlung stimmte dem vom Exekutivausschuss vorgelegten Vorschlag, die Satzung der IPU um folgenden mit sofortiger Wirkung in Kraft tretenden neuen Artikel 3.1 zu ergänzen, mehrheitlich zu:

Die 119. Versammlung der Interparlamentarischen Union (IPU) fand vom 13. bis 15. Oktober 2008 in Genf statt. Der deutschen Delegation gehörten folgende Mitglieder an:

Abg. **Dr. Norbert Lammert** (CDU/CSU, Leiter der Delegation)

Abg. **Monika Griefahn** (SPD, stellvertretende Leiterin der Delegation)

Abg. **Hans-Joachim Fuchtel** (CDU/CSU)

Abg. **Hans Raidel** (CDU/CSU)

I 119. Versammlung der IPU

I.1 Teilnehmer und Tagesordnung

An der 119. Versammlung der IPU in Genf nahmen 1 197 Personen, darunter 532 Delegierte (davon 158 Frauen, 29,7 Prozent) aus 137 Mitgliedsparlamenten, darunter 37 Parlamentspräsidenten/-innen und 41 stellvertretende Parlamentspräsidenten/-innen sowie Beobachter der Vereinten Nationen und anderer internationaler Organisationen teil. Die Versammlung wurde durch den Präsidenten

Die Versammlung stimmte dem vom Exekutivausschuss vorgelegten Vorschlag, die Satzung der IPU um folgenden mit sofortiger Wirkung in Kraft tretenden neuen Artikel 3.1 zu ergänzen, mehrheitlich zu:

„Das Parlament, das sich nach dem Grundgesetz einer Gebietseinheit konstituiert hat, deren Ziele und Anspruch auf Staatlichkeit von den Vereinten Nationen anerkannt werden und die den Status eines Ständigen Beobachters bei dieser Organisation mit umfangreichen zusätzlichen Rechten und Vorrechten hat, kann ebenfalls ein Mitglied der Interparlamentarischen Union werden.“

Die deutsche Delegation in der IPU hat neben Australien, der Dominikanischen Republik, Georgien, Ghana, Griechenland, Israel, Italien, den Niederlanden, Neuseeland und einem Teil der schwedischen Delegation bei der Abstimmung in der Versammlung gegen diese Änderung der Satzung gestimmt.

I.3 Dringlichkeitstagesordnungspunkt

Von der Versammlung einstimmig als Dringlichkeitstagesordnungspunkt in die Tagesordnung aufgenommen wurde ein Entschließungsentwurf der Delegationen aus Belgien, Ägypten, der Islamischen Republik Iran, Mexiko und den Vereinigten Arabischen Emiraten zum Thema „Die Rolle der Parlamente bei der Eindämmung der globalen Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrienationen“.

In der Debatte über den Dringlichkeitstagesordnungspunkt zeigten sich die Rednerinnen und Redner tief besorgt über die schweren Auswirkungen, die die Krise auf die Volkswirtschaften aller Länder habe. Als Konsequenz aus dieser Erfahrung sprachen sie sich für eine stärkere Transparenz und Regulierung des gesamten Finanzsektors aus und forderten insbesondere eine bessere Kontrolle des Bankensektors. Sie regten zudem die Einrichtung von Aufsichtsbehörden (Currency Control Agencies) an, die eine vorbeugende Politik unterstützen sollten. Die Rednerinnen und Redner sprachen ebenso über die Notwendigkeit von Hilfen für die Bewältigung der sozialen Auswirkungen der Finanzkrise. Sie schlugen weiterhin vor, so bald wie möglich eine internationale parlamentarische Konferenz einzuberufen, die sich mit den Gründen und den Auswirkungen sowie mit Auswegen aus der Krise befassen sollte.

Der Redaktionsausschuss setzte sich aus Mitgliedern der Delegationen aus Belgien, Ägypten, Indien, Mexiko, den Niederlanden, Nigeria, der Russischen Föderation, dem Vereinigten Königreich und Venezuela zusammen. Sie bestimmten **Bal Apte** (Indien) zum Vorsitzenden des Ausschusses und zum Berichterstatter für die Versammlung.

Die Versammlung nahm in der Schlussabstimmung den Entschließungsentwurf einstimmig an (siehe VI).

I.4 Bericht des Ausschusses der IPU für Angelegenheiten der Vereinten Nationen

Die Versammlung nahm den mündlichen Bericht von **Nozizwe Madlala-Routledge** (Südafrika) über die Sitzungen des Ausschusses für Angelegenheiten der Vereinten Nationen nach der 118. Versammlung der IPU in Kapstadt zur Kenntnis. Der Ausschuss tagte am 13. und 15. Oktober 2008 unter Vorsitz von **Finn Martin Vallersnes** (Norwegen). Die Beratergruppe zu dem Ausschuss traf sich, um über die Erklärung zur Arbeit des Jahres 2008 zu beraten.

Der Ausschuss nahm den Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen (VN) über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen (Dokument A/63/228 der Generalversammlung der VN) und der Interparlamentarischen Union zur Kenntnis. Der Bericht behandelt folgende Themen: Unterstützung der VN durch die Parlamente allgemein, Beiträge der Mitglieder der IPU zu Sonderveranstaltungen der VN (z. B. über HIV/AIDS

und Arbeit in der Globalisierung usw.), Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Umweltschutz, Entwicklung von Demokratie und Menschenrechten und Gleichstellungsangelegenheiten. Der Ausschuss begrüßte grundsätzlich die sich vertiefende Partnerschaft zwischen den beiden Organisationen und die vom Generalsekretär formulierten Handlungsempfehlungen.

Die Ausschussmitglieder diskutierten den Entwurf eines Fragebogens, der die Interaktion zwischen den Parlamenten und den Vereinten Nationen erfassen soll. Die Ergebnisse der Umfrage sollen bei der 120. Versammlung der IPU in Addis Abeba diskutiert werden. Der Ausschuss nahm den Bericht der Beratergruppe über deren Sitzung im Juli 2008 sowie den Bericht über deren Feldmission in Tansania zur Kenntnis. In dem Fazit des Berichts zur Feldmission werden die Parlamente aufgerufen, eine dynamischere Rolle bei der Konzeption, Durchführung und Kontrolle von nationalen Entwicklungsplänen zu spielen. Die Ausschussmitglieder zeigten sich davon überzeugt, dass die „Delivering as One“-Initiative der VN in Tansania zu schnelleren und effizienteren Operationen in der Entwicklungshilfe führen werde. Sie forderten auch andere Länder auf, diesen auf Kohärenz gründenden Ansatz bei der Hilfeleistung zu verfolgen und damit zu größerer Effektivität, zu mehr Transparenz und zu einer besseren Berechenbarkeit von VN-Operationen auf nationaler Ebene zu gelangen.

Der Ausschuss begrüßte die Ergebnisse des dritten „High-Level Forums“ zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit vom September 2008 („Accra Agenda for Action“). Als besonders wichtig wurde gewertet, dass das Forum anerkannt habe, dass eine der Voraussetzungen für eine erfolgreiche Umsetzung der Agenda die stärkere Einbeziehung der Parlamente sei, z. B. bei der Vorbereitung der nationalen Entwicklungspläne, der Integration internationaler Entwicklungshilfe in die nationalen Budgets oder der Überwachung von Entwicklungsstrategien und deren Ausführung. Der Ausschuss forderte die nationalen Parlamente auf, diesen Prozess zu verfolgen und die Empfehlungen umzusetzen.

Die Ausschussmitglieder sprachen sich dafür aus, dass sich Abgeordnete – unter Beachtung der Gewaltenteilung – als Mitglieder nationaler Delegationen an internationalen Konferenzen zur Entwicklungszusammenarbeit beteiligen sollten. Aufgrund der Erweiterung der Arbeit der nationalen Parlamente und der IPU auf dem Gebiet der Entwicklungszusammenarbeit forderten sie die IPU auf, sich vermehrt um einen strukturierten Dialog mit internationalen Finanzinstitutionen zu bemühen, insbesondere mit der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds.

Der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen für das Recht auf Nahrung, **Olivier de Schutter**, sprach zu den Ausschussmitgliedern über das Thema „Nahrungsmittelkrise und die damit verbundenen gesundheitlichen Auswirkungen“.

I.5 Ausschuss für Frieden und internationale Sicherheit (Erster Ausschuss)

Der Ausschuss tagte am 14. Oktober 2008 unter dem Vorsitz von **Thiémélé Boa** (Elfenbeinküste). Die Berichterstatter **Roger Price** (Australien) und **Jack Jacob Mwiimbu** (Sambia) stellten zu Beginn der Sitzung ihren Berichtsentwurf zu dem Thema „Fortführung der Nichtverbreitung von Kernwaffen und Abrüstung sowie das Inkraft-Treten des Vertrags über ein umfassendes Verbot von Nuklearversuchen (CTBT): Die Rolle der Parlamente“ vor, welcher die aktuelle Situation, die kommenden Herausforderungen und die Verantwortung von Parlamenten behandelt. Grundsatzreferate zum Berichtsthema hielten **Tibor Toth**, Geschäftsführer der „Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen“ (CTBTO), sowie **Alyn Ware**, Koordinator für „Parlamentarier gegen die Verbreitung von Atomwaffen und für Abrüstung“.

In der anschließenden Diskussion ergriffen ca. 50 Ausschussmitglieder das Wort. Sie waren sich darin einig, dass Abrüstung und die Nichtverbreitung von Kernwaffen überlebenswichtig seien. Die Wähler erwarteten von ihren Parlamentariern/-innen eine aktivere Rolle bei der Überwindung der Hindernisse, die die gegenwärtigen Verhandlungen zur Abrüstung und Nichtverbreitung von Kernwaffen hemmten. Die Abschaffung von Kernwaffen würde einerseits zwar die Menschheit von einer ihrer größten Bedrohungen befreien und neue Möglichkeiten für eine internationale Zusammenarbeit eröffnen, andererseits könne in einer Welt, die von Klimawandel, erschöpften Ölreserven und gewaltigen Entwicklungs-herausforderungen gekennzeichnet sei, nicht auf die Nutzung von Atomenergie verzichtet werden, obwohl damit auch immer die Gefahr der militärischen Nutzung verbunden sei. Der technologische Fortschritt mache eine klare Abgrenzung zwischen der friedlichen Nutzung von Kernenergie und der militärischen Nutzung nuklearer Kapazitäten immer schwieriger. Die Unterscheidung, was zivilen und was militärischen Zwecken diene, werde oftmals aus rein politischem Interesse getroffen. Die internationale Gemeinschaft benötige für ihre Unterscheidungskriterien jedoch einen klaren, verständlichen und nicht-diskriminierenden Ansatz, welcher auf gemeinsamen Richtlinien, Sicherungsmaßnahmen und Verifizierungsmechanismen basiere. Der Ausschuss diskutierte auch über den in diesem Zusammenhang vorhandenen Genderaspekt. Frauen und Kinder treffe es am stärksten, wenn nuklearer Abfall aus Kostengründen nicht richtig entsorgt, sondern in Armutregionen einfach abgekippt werde.

Abschließend entwickelte der Ausschuss eine Reihe von Ideen, wie die Parlamente zu größerer Aktivität in diesem Bereich angeregt werden könnten. Die Beispiele schlossen die Einrichtung kernwaffenfreier Zonen, den freiwilligen Verzicht auf Kernwaffen sowie die Beschleunigung der Ratifizierung und Umsetzung von wichtigen internationalen Verträgen durch die Parlamente ein. Einige Delegationen sprachen sich für ein früheres Inkrafttreten des

CTBT, vorzugsweise bereits vor der nächsten Überprüfung im Jahr 2010, aus.

I.6 Ausschuss für nachhaltige Entwicklung, Finanzen und Handel (Zweiter Ausschuss)

Der Ausschuss tagte am 14. Oktober 2008 unter Vorsitz von **Patrice Martin-Lalande** (Frankreich). Die beiden Berichterstatter, Abg. **Hans-Joachim Fuchtel** und **Átila Lins** (Brasilien), stellten zu Beginn der Sitzung ihre Berichtsentwürfe zu dem Thema „Klimawandel, nachhaltige Entwicklungsmodelle und erneuerbare Energien“ vor. Grundsatzreferate zu dem Berichtsthema hielten Prof. **Christophe Frei**, Direktor des Energiezentrums des schweizerischen Bundesinstitutes für Technologie in Lausanne (EPFL), und **Christophe Nuttall**, Direktor beim Zentrum für Innovative Partnerschaften (UNDP).

Abgeordneter **Hans-Joachim Fuchtel** verwies auf den von ihm erarbeiteten und vorab verteilten Bericht und stellte fest, dass seinem Eindruck nach das Thema Klimawandel noch nicht richtig in den Parlamenten angekommen sei. Dies gelte es zu ändern und gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass die mit der Bekämpfung des Klimawandels verbundenen gewaltigen Aufgaben nicht allein von staatlicher Seite bewältigt werden könnten. Hierbei seien alle gesellschaftlichen Akteure gefordert und in die Aufgabe einzubinden. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Bewahrung der Schöpfung müssten weltweit Kernanliegen der Politik werden. Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung vereine den wirtschaftlichen und sozialen Wohlstand mit dem Schutz von Natur und Umwelt. Das sei gerade in den ländlichen Räumen in der Welt mit ihrem vielfältigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben besonders wichtig. Die erneuerbaren Energien (Windkraft, Biomasse und Biogas, Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie) müssten weltweit zu einer tragenden Säule der Energieversorgung werden. In den vergangenen Jahren seien in diesem Bereich große Fortschritte erzielt sowie die Wirtschaftlichkeit und der Wirkungsgrad dieser Technologien verbessert worden. Für den weltweiten Klimaschutz sei dies von wesentlicher Bedeutung. Abg. **Hans-Joachim Fuchtel** machte an den Beispielen Energieeinspeisungsgesetz, „Klimabotschaften“ und Energiesanierung von Häusern deutlich, wo Deutschland in den nächsten Jahren besondere Schwerpunkte setzen wolle. Auch die anderen Podiumsteilnehmer machten deutlich, welche Auswirkungen durch den Klimawandel zu erwarten seien, welcher Handlungsdruck für die gesamte Weltgemeinschaft bestehe und mit welchen Maßnahmen die schlimmsten Auswirkungen noch vermieden werden könnten.

Die an der nachfolgenden Debatte beteiligten Ausschussmitglieder waren sich einig, dass es höchste Zeit sei, gemeinschaftlich und global zu handeln, um die Effekte des Klimawandels einzudämmen. Unterschiedlich waren die Ansichten darüber, wie am effektivsten eine Reduzierung der vom Menschen verursachten Treibhausgase erreicht werden könne. Die Palette der Vorschläge reichte von einem verstärkten Ausbau der friedlichen Nutzung der

Kernenergie, technologischen Verbesserungen zur Vermeidung von klimaschädlichen Gasen bei der Energieerzeugung, bei häuslichen Heizungs- und Feuerungsanlagen oder im Bereich Autoabgase, dem verstärkten Einsatz von Biokraftstoff bis zu weiteren alternativen und erneuerbaren Energieformen. Eine Rolle in der Diskussion spielte auch die gegenwärtige Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die nationalen Volkswirtschaften. Die Ausschussmitglieder waren sich einig, dass die Parlamente Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Ressourcen des Planeten und die Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit im Sinne der VN-Millenniumsentwicklungsziele trügen. Diese umzusetzen erfordere, dass alle Länder eine globale Entwicklungspartnerschaft eingehen und zusammenarbeiten müssten, wenn allen Menschen ein selbstbestimmtes Leben in Würde und ohne Armut, Hunger und Unterdrückung ermöglicht werden solle. In der Debatte wurden den Berichterstattern von den Ausschussmitgliedern zahlreiche Hinweise auf mögliche Ergänzungen des Berichts gegeben.

I.7 Ausschuss für Demokratie und Menschenrechte (Dritter Ausschuss)

Der Ausschuss tagte am 14. Oktober 2008 unter dem Vorsitz von **Diego Cánepa** (Uruguay). Die Berichterstatter zu dem Thema „Meinungsfreiheit und das Recht auf Informationen“, **Andrew Dismore** (Vereinigtes Königreich) und **Praveen Rashtupal** (Indien), stellten zu Beginn der Podiumsdiskussion ihre Berichtsentwürfe vor. Grundsatzreferate zu dem Berichtsthema wurden von **Agnés Callamard**, Geschäftsführerin der Menschenrechtsorganisation „Artikel 19“, und **Pansy Tlakula**, Kommissar der Afrikanischen Kommission für Menschenrechte, gehalten.

Die Ausschussmitglieder betonten in der Aussprache die fundamentale Bedeutung der Meinungsfreiheit als Wesensmerkmal einer Demokratie. Jeder Bürger müsse an diesem Recht teilhaben. Gleichzeitig habe er die Pflicht, mit diesem Recht verantwortungsvoll umzugehen und dürfe es nicht zur Diskriminierung seiner Mitmenschen einsetzen. Der Respekt vor und die Toleranz gegenüber anderen Glaubens- und Weltanschauungen müsse gestärkt werden. Das Recht auf Meinungsfreiheit erfordere eine starke und unabhängige Presse, die in der Lage sei, die verschiedenen Ansichten und Meinungen einer Gesellschaft widerzuspiegeln. Jede Form von Zensur sei ein Feind einer Demokratie. Doch auch die Presse selbst müsse sich immer wieder kritisch prüfen und darüber nachdenken, wie der Missbrauch ihres Mediums vermieden werden könne. Staatlichen Stellen käme besondere Verantwortung zu. Sie dürften nicht unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung willkürlich die Presse- und Meinungsfreiheit einschränken. Der Zugang zu Informationen sei ein fundamentales Recht aller Bürger, und staatliche Institutionen seien dafür zuständig, allen Bürgern einen ungehinderten Zugang zu verschaffen. Die Rolle der Parlamente bei der Schaffung der notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen liege hierbei auf der Hand. Die Ausschussmitglieder riefen die Parlamente

auf, ihren Kampf gegen den Analphabetismus zu verstärken sowie die sozio-ökonomischen Ungleichheiten beim Zugang zu Informationen abzubauen.

II 183. Sitzung des Interparlamentarischen Rates

II.1 Mitgliedschaft in der IPU

In der Sitzung am 13. Oktober 2008 bestätigte der Rat das Aufnahmegesuch des Parlaments von Oman und die Anträge auf Wiederaufnahme der Parlamente der Komoren und Sierra Leones. In der Sitzung am 15. Oktober 2008 bestätigte er die Aufnahme des palästinensischen Parlaments. Da die Bestätigung über die Aufnahme per Akklamation erfolgte, hat die deutsche Delegation in der IPU noch während der Sitzung schriftlich angezeigt, dass sie sich der Stimme enthalten hätte, wenn es zu einer Abstimmung gekommen wäre. Der IPU gehören damit aktuell Parlamente aus 154 Ländern an.

II.2 Bericht über den Haushalt der IPU für 2008

Dem Rat lag der Bericht über den Haushalt 2008 mit Stand 20. September 2008 zur Beratung vor. Der Generalsekretär der IPU, Anders Johnsson, wies auf einen Überschuss hin, der sich unter anderem aus der Lage auf den Finanzmärkten (Einsparungen bedingt durch den schwachen amerikanischen Dollar) und Erträgen aus dem „Working Capital Fund“ ergeben habe. Gleichzeitig seien zurzeit fünf Länder mit ihren Beiträgen so weit im Rückstand, dass nach der Satzung der IPU Sanktionen eingeleitet werden müssten.

Der Rat wurde darüber informiert, dass aufgrund der Finanzkrise das Kapital des geschlossenen Pensionsfonds einen Wertverlust von 9 Prozent für das Jahr 2008 habe hinnehmen müssen. Es wurde darauf hingewiesen, dass die IPU für ein eventuelles Defizit des Fonds, der für zwölf im Ruhestand befindliche Sekretariatsmitglieder angelegt worden sei, aufkommen müsse.

Abgeordneter **Hans-Joachim Fuchtel**, der interne Revisor für die Kontrolle des Haushalts 2008, richtete diesbezüglich eine Reihe von Fragen an den Generalsekretär. So wollte er wissen, warum einerseits für Projekte weniger Geld als im Haushalt geplant ausgegeben worden sei und andererseits Projekte mit großem Aufwand und hohen Reisekosten zwar gestartet, aber nicht abgeschlossen worden seien. Die vom Sekretariat vorgesehene Einstellung von Projektmanagern halte er für verzichtbar. In der gegenwärtigen finanziellen Situation sei es vielmehr wichtig, wo immer möglich Kosten zu reduzieren.

II.3 Bericht über den Haushaltsentwurf für 2009

Der Generalsekretär stellte zum Haushaltsentwurf fest, dass dieser ergebnisorientiert und nachhaltig sei, sowohl in fiskalischer als auch in umwelttechnischer Hinsicht. Für jeden Ausgabenbereich seien sowohl Gleichstellungseffekte als auch die Umweltauswirkungen klar auf-

gezeigt. **Robert del Picchia** (Frankreich) berichtete, dass der Exekutivausschuss den Haushaltsentwurf einstimmig gebilligt und dessen Lesbarkeit gelobt habe. Der Ausschuss habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Haushaltsentwurf Gelder für sonstige parlamentarische Aktivitäten bereitstelle (z. B. Unterstützung der Millenniumsziele, Kampf gegen HIV/AIDS). Die vorgeschlagene Anhebung der Beiträge der Parlamente bewege sich unterhalb der Inflationsrate und genüge damit der Verpflichtung, langfristig Beitragssteigerungen vermeiden zu helfen.

Die Berichterstatter der geopolitischen Gruppen für den Haushaltsentwurf 2009 lobten die bessere Verständlichkeit und Nachvollziehbarkeit des Entwurfs. Sie begrüßten die vorgesehenen Mehrausgaben im Bereich Gleichstellung, Entwicklungspolitik und Aktivitäten zum Erhalt von Frieden. Positiv vermerkt wurde die Einstellung von Mitteln für Telefonkonferenzen. Darüber hinaus wurde zu weiteren Maßnahmen zur Reduzierung von Reisen aufgefordert. Die afrikanische Gruppe unterstützte den Antrag des Exekutivausschusses, Parlamenten, die den Beitrag nicht zahlen könnten, gleichwohl die Teilnahme zu ermöglichen.

Entsprechend der Empfehlung des Exekutivausschusses wurde der Haushalt mit einem Volumen von 18 359 000 CHF (brutto) für 2009 und einer durchschnittlichen Beitragssteigerung von 2,5 Prozent verabschiedet. Die deutsche Delegation in der IPU hat ihre Zustimmung unter Vorbehalt der noch laufenden Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag gegeben.

II.4 Bericht über die Arbeitsplanung der IPU für 2009 bis 2011

Generalsekretär Anders Johnsson verwies darauf, dass die Demokratie überall auf der Welt auf dem Vormarsch sei. Monolithische Machtstrukturen lösten sich zugunsten von pluralen Demokratien auf. Besonders die Parlamente in sich entwickelnden Demokratien bekämen viel Verantwortung für die „neuen Herausforderungen“ übertragen. Oftmals fehlten ihnen die organisatorischen und politischen Kapazitäten, diesen Herausforderungen adäquat begegnen zu können, z. B. der Entwicklung demokratischer Institutionen und die Herbeiführung echter Gewaltenteilung. Eine Folge sei, dass die Parlamente oftmals nicht die ihnen von der Verfassung übertragenen Rechte und Pflichten tatsächlich ausfüllen könnten. Hier unterstützend zu wirken, sei der zentrale Aufgabenschwerpunkt der IPU. Die vorgelegte Arbeitsplanung zeige die Aktivitäten auf, die in dem genannten Zeitraum umgesetzt werden sollten. Unterstützung solle insbesondere in folgenden Bereichen geleistet werden: Entwicklung von Standards und Leitfäden für demokratische Parlamente, Aufbau einer Wissensbasis, die diese Arbeit unterstützen könne, Förderung und Schutz von Menschenrechten, Wahrung von Kinderrechten, Förderung von gleichberechtigter Teilhabe am politischen Leben, Entwicklungsförderung und Beiträge zur Friedensförderung. Die IPU werde auch weiterhin unterstützend auf Anfragen von

Parlamenten tätig sein. Viele dieser Projekte würden in Zusammenarbeit mit dem „United Nation Development Programme“ durchgeführt. Neben der Finanzierung aus den Mitgliedsbeiträgen sei hierfür eine zusätzliche, aus freiwilligen Beiträgen bestehende Finanzierung unumgänglich.

II.5 Kooperation mit den Vereinten Nationen

Der Rat begrüßte den Bericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, über die Kooperation zwischen der IPU und den Vereinten Nationen, insbesondere seine Schlussfolgerungen und Empfehlungen für zukünftige Zusammenarbeit. Alle Teilnehmerstaaten der IPU werden darin ermutigt, eng mit ihren Außenministerien zusammenzuarbeiten und gebeten, die ambitionierten Resolutionen der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu unterstützen.

II.6 Zukünftige interparlamentarische Treffen

Der Rat genehmigte die Liste der internationalen Organisationen und Körperschaften, die als Beobachter zur 120. Versammlung der IPU im April 2009 nach Addis Abeba eingeladen werden sollen. Der Rat bestätigte Bangkok (Thailand) als Veranstaltungsort für die 122. Versammlung der IPU im Jahr 2010.

III Treffen des Koordinierungsausschusses der Parlamentarierinnen

Die Sitzung des Koordinierungsausschusses der Parlamentarierinnen in der IPU fand am 12. Oktober 2008 unter der Leitung der Vorsitzenden dieses Gremium, **Pia Cayetano** (Philippinen), statt. Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses befassten sich mit organisatorischen und inhaltlichen Fragen ihrer zukünftigen Sitzungen sowie mit den Sachbeiträgen aus genderpolitischer Sicht zu den Themen der Ausschusssitzungen der 119. Versammlung der IPU. **Zohra Drif Bitat** (Algerien) berichtete über die Arbeit und die Empfehlungen der „Gender Partnership Group“. Sie stellte fest, dass der Anteil der an dieser Versammlung der IPU teilnehmenden Parlamentarierinnen lediglich ca. 30 Prozent betrage. Das sei keine Verbesserung gegenüber der Versammlung in Genf von 2007. Sie rief ihre Kolleginnen dazu auf, die Bemühungen diesbezüglich weiter zu intensivieren.

Der Koordinierungsausschuss diskutierte des Weiteren über die Umsetzung der Beratungsergebnisse von Kapstadt sowie über den Stand der Vorbereitungen für das 15. Treffen der Parlamentarierinnen auf der 120. Versammlung der IPU in Addis Abeba. Als Generalthema wurde „Klimawandel, nachhaltige Entwicklungsmodelle und erneuerbare Energien“ vereinbart. Ein weiteres Diskussionsthema werde der „Dialog zwischen Männern und Frauen über die Rolle von Frauen in Bezug auf die Sicherung finanzieller Stabilität und ihr Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung“ sein. Zum Thema „Benachteiligung von heranwachsenden Mädchen“ werde es eine Podiumsdiskussion geben. Berichterstattungen im Koordinie-

rungsausschuss gab es zu den Themen „Frauen und Medien“, „Frauenhandel“ sowie „Frauen und Politik“.

Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses befassten sich ebenfalls mit der Kampagne „Say No to Violence against Women“, die vom United Nations Development Fund for Women (UNIFEM) betreut wird und die die Arbeit des Generalsekretärs der VN gegen Gewalt an Frauen unterstützen soll. Die Kampagne habe zum Ziel, durch die Sammlung von mindestens einer Million Unterstützer-Unterschriften zu zeigen, dass eine große Anzahl von Männern und Frauen hinter der Kampagne stehen und dass mehr finanzielle Mittel zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen zur Verfügung gestellt werden. Die Mitglieder des Koordinierungsausschusses unterstützten die Kampagne und riefen die Mitglieder der IPU auf, in den jeweiligen Parlamenten ebenfalls hierzu aufzurufen.

IV Wahlen und Ernennungen

IV.1 Präsident der Interparlamentarischen Union

Der Interparlamentarische Rat (im Folgenden Rat) wählte in seiner abschließenden Sitzung Dr. **Theo-Ben Gurirab** (Namibia) zum Präsidenten der IPU. Dr. **Theo-Ben Gurirab** konnte 200 Stimmen auf sich vereinigen, **Agung Laksono** (Indonesien) 113; 7 Stimmzettel waren ungültig. Die dreijährige Amtszeit des neuen Präsidenten endet im Oktober 2011. Der scheidende Präsident, **Pier-Ferdinando Casini**, wurde zum Ehrenpräsidenten der IPU ernannt.

IV.2 Vize-Präsidenten der Interparlamentarischen Union

Afrika-Gruppe: N. N.

Gruppe Lateinamerikas und der Karibik: **J. A. Coloma** (Chile)

Arabische Gruppe: **Zhora Bitat Drif** (Algerien)

Asien-Pazifik Gruppe: **Abdillah Toha** (Indonesien)

Gruppe der Zwölf Plus: **Elissavet Papademetriou** (Griechenland)

Eurasische Gruppe: **Alexander Kozlovskiy** (Russische Föderation)

IV.3 Exekutivausschuss

Der Exekutivausschuss wählte **Elissavet Papademetriou** (Griechenland) bis Oktober 2009 zu seiner Vize-Präsidentin.

Der Rat wählte **Rashed Mohamed Al Sherariqi** (Vereinigte Arabische Emirate) und **Angel Alonso Diaz-Caneja** (Mexiko) – Amtszeit bis Oktober 2012 – sowie **Chin Young** (Republik Korea) als Nachfolger von **Jay-Kun Yoo** (Republik Korea) – Amtszeit bis Oktober 2011 – zu Mitgliedern des Exekutivausschusses.

IV.4 Ausschuss für Nahostfragen

Alongkorn Ponlaboot (Thailand) und **Francois-Xavier de Donnea** (Belgien) wurden vom Rat für vier Jahre (bis Oktober 2012) zu ordentlichen Mitgliedern gewählt. **Serge Janquin** (Frankreich) wurde ebenfalls bis 2012 als stellvertretendes Mitglied in den Ausschuss gewählt.

Der Ausschuss für Nahostfragen wählte **Anne Clwyd** (Vereinigtes Königreich) zu seiner Vorsitzenden.

IV.5 „Gender Partnership Group“

Der Exekutivausschuss benannte **Pia Cayetano** (Philippinen) als Mitglied der „Gender Partnership Group“:

IV.6 Interne Prüfer für das Rechnungsjahr 2009

Der Rat ernannte **Daniel Reisiegel** (Tschechische Republik) und **Charnjit Singh Atwal** (Indien) zu internen Prüfern für das Finanzjahr 2009.

V Sitzungen der Gruppe der Zwölf Plus

Die Gruppe der Zwölf Plus befasste sich in drei Sitzungen unter Leitung des Vorsitzenden **John Austin** (Vereinigtes Königreich) mit inhaltlichen und organisatorischen Fragen der 119. Versammlung der IPU. Neben Berichten aus dem Exekutivausschuss, dem Koordinierungsausschuss der Parlamentarierinnen, zum Dringlichkeitstagesordnungspunkt, zu den Kandidaten für die Präsidentschaft der IPU, zu den vorgelegten Berichten der einzelnen Ausschüsse und zu besetzenden Positionen befasste sich das Gremium intensiv mit der Frage der Aufnahme des palästinensischen Parlaments als Vollmitglied in die IPU und dem Haushaltsentwurf der IPU für das Jahr 2009.

Im Hinblick auf die im Jahr 2010 wieder anstehende Ernennung des Generalsekretärs der IPU war sich das Gremium einig, dass dieser ein korrektes Auswahlverfahren vorangehen müsse. Die Gruppe der Zwölf Plus wählte **John Austin** (Vereinigtes Königreich) per Akklamation für weitere zwei Jahre zum Vorsitzenden. Die Beiträge der der geopolitischen Gruppe der Zwölf Plus angehörenden Länder zum Haushalt 2009 bleiben unverändert. Die nächste Sitzung des Lenkungsausschusses der Gruppe der Zwölf Plus findet Anfang März 2009 in London statt.

VI Verabschiedete EntschlieÙung

Die Rolle der Parlamente bei der Eindämmung der globalen Finanzkrise und ihrer Auswirkungen auf die Wirtschaft sowohl in Entwicklungsländern als auch in Industrienationen

Von der 119. Versammlung einstimmig verabschiedete EntschlieÙung (Genf, 15. Oktober 2008)

Die 119. Versammlung der Interparlamentarischen Union,

angesichts der Folgen der internationalen Finanzkrise und ihrer negativen Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, insbesondere ihre nachteiligen Auswirkungen auf die Entwicklungsländer;

in Anbetracht der jüngsten Warnung des Internationalen Währungsfonds, dass verschuldete Banken das globale Finanzsystem an den Rand eines Kollapses bringen und dass es in der Verantwortung der reichen Nationen liegt, das Vertrauen der Anleger wieder herzustellen;

angesichts der wichtigen Aufgabe der Parlamente, in Zusammenarbeit mit den nationalen Regierungen die Auswirkungen der globalen Finanzkrise, die die Stabilität, Sicherheit und Entwicklung der Welt gefährden, einzudämmen;

in Anerkennung der gemeinsamen und unterschiedlichen Verantwortung aller Länder im Hinblick auf die Bewältigung der internationalen Wirtschaftskrise, damit den Erfordernissen in Bezug auf die menschliche Entwicklung, die Beseitigung der Armut und die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) Genüge getan wird;

in dem Bewusstsein der Gefahren der internationalen Wirtschaftskrise für die nachhaltige Entwicklung – die als wesentlich für das Fortkommen der Menschheit erachtet wird – vor allem im Zusammenhang mit der Erklärung des Weltgipfels für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg im September 2002;

angesichts der Erfordernis, die notwendigen Ressourcen bereitzustellen und die Schaffung eines stabilen, gerechten und sicheren Weltwirtschaftssystems zu gewährleisten;

eingedenk der wechselseitigen Abhängigkeit der nationalen Wirtschaftssysteme und des Weltwirtschaftssystems und der daraus resultierenden Notwendigkeit eines ganzheitlichen Ansatzes und entschlossener internationaler Zusammenarbeit, um den optimalen Einsatz finanzieller Ressourcen und die Schaffung starker und rechenschaftspflichtiger Finanzinstitutionen zu gewährleisten;

im Hinblick darauf, dass der Bericht über das Ergebnis der Internationalen Konferenz zur Finanzierung der Entwicklung in Monterrey, Mexiko, 2002, zu der Auffassung kam, dass besonders internationale finanzielle Stabilität von größter Bedeutung für die Förderung internationalen Wirtschaftswachstums ist;

besorgt über die Tatsache, dass die internationale Finanzkrise die gesellschaftliche Stabilität in zahlreichen Ländern in aller Welt untergraben hat und die hinsichtlich Demokratie und Menschenrechten erzielten Erfolge bedroht;

1. ruft den Rat auf, so bald wie möglich eine internationale Parlamentarierkonferenz mit Experten mit dem Ziel zu organisieren, die Ursachen der internationalen Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf das Weltwirtschaftssystem zu untersuchen und Möglichkeiten zur Bewältigung der Folgen dieser Krise zu ermitteln;

2. fordert die Parlamentsausschüsse, die mit finanz-, wirtschafts- und handelspolitischen Fragen befasst sind, dringend auf, Sitzungen einzuberufen, in deren Rahmen die besten Wege zum Schutz von Finanzinstitutionen und zur Linderung der Auswirkungen der internationalen Finanzkrise ermittelt werden, bis eine globale Strategie zur Bewältigung der Krise gefunden ist;
3. fordert die nationalen Parlamente auf, einen effizienteren proaktiven Regelungsrahmen für nationale Regelungsorgane zu schaffen, um künftige Instabilität auf den großen Finanzmärkten zu verhindern;
4. fordert zur Umsetzung international vereinbarter Gesetze und Normen zur Transparenz der Finanzmärkte mit dem Ziel auf, die Transparenz finanzieller Transaktionen zu gewährleisten, da dadurch auf nationaler und internationaler Ebene die Fähigkeit verbessert würde, finanzielle Risiken einzuschätzen;
5. fordert die Regierungen auf, Parlamentarier in ihre offiziellen Delegationen zu Konferenzen, Foren und Sitzungen aufzunehmen, die zur Erörterung der internationalen Finanzkrise veranstaltet werden, damit die Parlamentarier ihre Meinungen und Ideen als Volksvertreter zum Ausdruck bringen können;
6. fordert die zur Kontrolle von Finanzinstitutionen erforderlichen nationalen und internationalen Maßnahmen mit dem Ziel der Eindämmung der Auswirkungen dieser Krise;
7. ruft zur Abmilderung der potentiellen gesellschaftlichen Auswirkungen der internationalen Finanzkrise hinsichtlich Beschäftigungschancen, Arbeitsplatzsicherheit, Preisanstieg und Armut auf, die allesamt in der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen aufgeführt werden;
8. fordert die Zentralbanken und Währungskontrollorgane auf, Vorsichtsmaßnahmen und -verfahren zur Gewährleistung der Stabilität des Finanz- und Bankensektors zu ergreifen;
9. fordert mehr Regulierung des Finanzsektors unter besonderer Berücksichtigung von Interbankenkrediten und Verbraucherschutz, um künftige Finanzkrisen zu verhindern;
10. ruft alle Länder zur Einführung wirksamerer Strafverfolgungsmaßnahmen bei Finanzdelikten und zur Zusammenarbeit in diesem Bereich auf;
11. fordert die Regierungen der führenden Industrienationen dazu auf, Verantwortung für die Entwicklungsländer durch Eindämmung der negativen Auswirkungen der Krise auf ihre Volkswirtschaften zu übernehmen und alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Voraussetzungen für die vollwertige Beteiligung der Entwicklungsländer an der Gestaltung der Weltwirtschaft zu schaffen;
12. fordert die Regierungen der Industrienationen dringend auf, ihren Verpflichtungen gegenüber den Ent-

wicklungsländern hinsichtlich Unterstützung bei der Lösung von deren internen Wirtschaftsproblemen, der Beseitigung von Armut, Analphabetismus und Krankheiten und der Erzielung höherer Wachstumsraten umgehend nachzukommen, wie in den einschlägigen Instrumenten, vor allem der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen, empfohlen; und fordert in diesem Zusammenhang internationale Organisationen dringend auf, im Rahmen ihrer jeweiligen Mandate zur Erreichung der oben genannten Ziele beizutragen;

13. fordert die Parlamente dringend auf, sich mit ganzer Kraft um Ideen und Initiativen zur Förderung eines neuen auf Regeln basierenden Finanzsystems zu bemühen, das zu einer gerechteren und transparenteren Weltwirtschaftsordnung beitragen könnte, die wiederum einen Beitrag zu Frieden und Stabilität leisten könnte.

Dr. Norbert Lammert
Leiter der Delegation